

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.



1919 Nr. 110

Jahrgang 212

Abonnementspreis: für Halle und Postbezirk monatlich M. 1,25, vierteljährlich M. 3,75, vierteljährlich M. 12,00, jährlich M. 42,00, halbjährlich M. 21,00, sechsmonatlich M. 12,00, dreimonatlich M. 6,00, vierteljährlich M. 4,20, halbjährlich M. 21,00, jährlich M. 42,00, Porto im Ausland 50% zuzüglich.

Morgen-Ausgabe
Sonntag, 8. März

Anzeigenpreis: Briefkasten 10 Centen je Zeile 20 Pfg., 100 Zeilen je Seite 40 Pfg., 500 Zeilen je Seite 200 Pfg., 1000 Zeilen je Seite 400 Pfg., 2000 Zeilen je Seite 800 Pfg., 3000 Zeilen je Seite 1200 Pfg., 4000 Zeilen je Seite 1600 Pfg., 5000 Zeilen je Seite 2000 Pfg., 6000 Zeilen je Seite 2400 Pfg., 7000 Zeilen je Seite 2800 Pfg., 8000 Zeilen je Seite 3200 Pfg., 9000 Zeilen je Seite 3600 Pfg., 10000 Zeilen je Seite 4000 Pfg., 11000 Zeilen je Seite 4400 Pfg., 12000 Zeilen je Seite 4800 Pfg., 13000 Zeilen je Seite 5200 Pfg., 14000 Zeilen je Seite 5600 Pfg., 15000 Zeilen je Seite 6000 Pfg., 16000 Zeilen je Seite 6400 Pfg., 17000 Zeilen je Seite 6800 Pfg., 18000 Zeilen je Seite 7200 Pfg., 19000 Zeilen je Seite 7600 Pfg., 20000 Zeilen je Seite 8000 Pfg., 21000 Zeilen je Seite 8400 Pfg., 22000 Zeilen je Seite 8800 Pfg., 23000 Zeilen je Seite 9200 Pfg., 24000 Zeilen je Seite 9600 Pfg., 25000 Zeilen je Seite 10000 Pfg., 26000 Zeilen je Seite 10400 Pfg., 27000 Zeilen je Seite 10800 Pfg., 28000 Zeilen je Seite 11200 Pfg., 29000 Zeilen je Seite 11600 Pfg., 30000 Zeilen je Seite 12000 Pfg., 31000 Zeilen je Seite 12400 Pfg., 32000 Zeilen je Seite 12800 Pfg., 33000 Zeilen je Seite 13200 Pfg., 34000 Zeilen je Seite 13600 Pfg., 35000 Zeilen je Seite 14000 Pfg., 36000 Zeilen je Seite 14400 Pfg., 37000 Zeilen je Seite 14800 Pfg., 38000 Zeilen je Seite 15200 Pfg., 39000 Zeilen je Seite 15600 Pfg., 40000 Zeilen je Seite 16000 Pfg., 41000 Zeilen je Seite 16400 Pfg., 42000 Zeilen je Seite 16800 Pfg., 43000 Zeilen je Seite 17200 Pfg., 44000 Zeilen je Seite 17600 Pfg., 45000 Zeilen je Seite 18000 Pfg., 46000 Zeilen je Seite 18400 Pfg., 47000 Zeilen je Seite 18800 Pfg., 48000 Zeilen je Seite 19200 Pfg., 49000 Zeilen je Seite 19600 Pfg., 50000 Zeilen je Seite 20000 Pfg.

Streikmüdigkeit der Berliner Sozialisten

Die sozialdemokratische Mehrheitspartei macht heute in den Verhandlungen über die am 5. März abgehaltene Konferenz, die fast einstimmig den Abbruch des Generalstreiks forderte. Die Beratungen fanden unter dem Eindruck der bekannt gewordenen weitgehenden Folgen, die in der Regierung eine darin befindliche Kommission herbeigeführt hat. In der Kommission trat Kollek für Aufhebung des Streiks, wirtschaftlichen und allgemein kulturellen Gesinnungen nicht hunderttausende aus Land, so würden die Lebensmittellieferungen der Entente uns nicht vor Hunger auslösen. Was erklärte u. a.:

Wir müssen uns endlich mit energischem Fleiß befreien von den Folgen des Streiks, der um des Streiks halber geführt wurde. Wir müssen uns nicht nur aus dem Terror, sondern aus der Not heraus lösen. Was ist das? Die Demokratie geradezu die Beschränkung der Arbeitskraft gesperrt. Die in den Streikzeitungen fassen erst heute verbreitet werden. Die in der Hauptstadt Groß-Berlins unter dem Druck der Umstände, die sonst Gas, Wasser und Elektrizität abgeperrt worden, sich dem Auslande angegeschlossen hatten. Die gesamte Berliner Presse ist noch am Erstaunen gehindert.

Spandau, 7. März.
Am 7./10 Uhr wurde das Rathaus, wo sich General Landwehr mit seinem Stabe aufhält, von der Arbeiterwehrung mit Geschützen und Maschinengewehren besetzt. Die Arbeiterwehrung wurde von Regierungstruppen besetzt. Die Spandauer Arbeiterwehrung wurde von Regierungstruppen besetzt. Die Spandauer Arbeiterwehrung wurde von Regierungstruppen besetzt.

Der Gemeindefreibit aus A. und S.-Räte

Der Magistrat von Minister i. W. hatte für den Arbeiterverband eine Vermittlung von 100000 Mark verlangt. Die Stadtverordnetenversammlung hat bei der Beratung der Vorlage alleinstimmig mit Zustimmung der Bürgerämter und auch persönlicher Fragen und Beschlüssen aufgegeben. Er hat die Sache lediglich als kommunalrechtliche Standpunkte aus betrachtet und ist von der Freigabe ausgegangen, daß die Gemeinden lediglich für die Gemeindebeamten bzw. solche Organe, die von den Gemeinden selbst berufen und bestellt sind, Mittel zu bewilligen haben, daß hingegen die Kontrollorgane, die von anderen berufen sind, nach dem alten Rechtsgang. Wer bestellt, der bezahlt, so haben, die die Organe angeht haben, auch die Mittel aufzubringen zu haben. Der Magistrat will die Vorlage nunmehr der Aufsichtsbühnen unterbreiten, um eine endgültige Entscheidung herbeizuführen.

Befehlshaltung der Vorfriedensarbeit

Paris, 6. März. (Reuters.)
Man erwartet, daß die Bedingungen für den Präliminarfrieden am 22. März zur Vorlage für die Deutschen bereit sein werden.
Darüber erklärte gestern Abend ausländischen Journalisten, die in Zusammenarbeit befindlichen Friedenspräliminarien würden sich in gleicher Weise auf Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei beziehen. Die Lebensmittelversorgung Deutschlands ist kritisch, aber die Alliierten seien mit der Lösung dieser Frage beschäftigt.
Das „Journal“ stellt fest, daß die französische Pressekommission für die Frage des linken Ansehens nicht den Wünschen der französischen Regierung entspreche. Frankreich verlange militärische Garantien bis zur völligen Durchführung der Friedensbedingungen durch Deutschland. Dann werde die linksrheinische Bevölkerung für Selbstbestimmungsrecht erhalten, allerdings unter der selbstherrlichen Voraussetzung, daß diese Gebiete für immer von Preußen getrennt würden, mindestens aber während der Besetzung einen unabhängigen autonomen Staat bilden. Die Angliederung des Saarlandes und Bandas bilde dagegen eine Wiedererzählung allen Interesses. „Humanität“ befürchtet angesichts dieser Forderungen, daß trotz der Anstrengungen des Präsidenten Wilson der Friede ein Friede der Intoleranz und Ungerechtigkeit werde.

Britanniens Militarismus

London, 7. März. (Reuters.)
Im Unterhaus erklärte Churchill, die britische Militärbehörde kämpfe in Paris für die Abschaffung der Dienstpflicht in ganz Europa. Es hätte zu allererst die Abschaffung der Dienstpflicht in Deutschland verlangt und anschließende Forderungen für das deutsche Freiwilligenheer vorgelegt. Er könne nicht sehen, welche Systeme die verschiedenen Länder annehmen

würden. Aber inzwischen gehe die britische Regierung ein Beispiel, indem sie für das Freiwilligenheer die Grundlagen des Militärdienstesportale wurde in zweiter Lesung mit 304 gegen 71 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Arbeiterpartei und die unabhängigen Liberalen.
Der gestern Abend veröffentlichte Voranschlag für die Flottenausgaben beträgt 149 200 000 Pfund Sterling und sieht ein Flottenpersonal von 280 000 Mann vor.

Die Landesversammlung soll tagen

Eine deutschnationale Kundgebung
Berlin, 7. März.
Der Vorstand der deutschnationalen Volkspartei drückt in einer Kundgebung an das preussische Staatsministerium sein Verlangen aus über die Nicht-Entsendung der preussischen Landesversammlung und erhebt lebhaften Protest gegen die angedeutete Besetzung der Stellen, die eigentlich allein maßgebend Landversammlung anstandslos und an ihrer Stelle Entscheidenden durch revolutionäre Organe treffen zu lassen, die der Ausübung der Staatsgewalt eine Hindernis sind.

Eine Hungerkrankheit in Wien

Wien, 7. März.
Wie die Wiener melken, hat der vollständige Mangel an Getreide, Fleisch und die Knappheit an anderen Lebensmitteln eine neue epidemische Krankheit in Wien hervorgerufen, die nun an beiden als Radium bei Erwachsenen beobachtet wurde. Die Krankheit nimmt bisher einen günstigen Verlauf.

Die Kämpfe um Kurland

Moskau, 6. März.
Die Unternehmungen von 4. führten zur Einnahme von Ghera. Der Feind wurde bei Pabsof von einer Umgebungsdivision wirksam geschlagen und nach Eiben und Sidonien weisgezogen. Die Feind wurde nach mehreren heftigen Kämpfen gewonnen und der Gegner vollständig gewonnen. Die Kämpfe dehnten sich im Laufe des Abends bis nach Wschow aus, das ebenfalls von uns besetzt wurde.
Eine ähnliche Stellung melde, daß die Eibenbahn von Ghera nach Wschow in der Nähe der Ghera-Truppen befindet. Im Gouvemenet Schernigow sollen die Truppen unter Kurland einen dreitägigen Vormarsch gemacht haben. Inzwischen sind unter den transsibirischen Truppen Unruhen ausgebrochen.

Verhandlungen um die Ostmark

Berlin, 6. März.
Die deutsche Kommission für die Ostmark trat in Kreuz mit den Ententevertretern zusammen. Diese weigerten sich trotz der getroffenen Vereinbarung, in Bromberg zu verhandeln. Man einigte sich schließlich auf Josen als Verhandlungsort. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich heute beginnen.

Die Bolschewisten gegen Bukarest?

London, 6. März.
„Chicago Tribune“ melde, daß Bukarest, daß der Kommandant der alliierten Don-Armee einen Angriff der Bolschewisten gegen Bukarest für die nächsten Wochen erwarte. Die Bolschewisten wollen an der Don-Donn durchziehen. Sie wollen die Errichtung von Budapest planen. Die Front wird zum großen Teil von Rumänen gehalten, während die Bahnhöfe Sender-Offiziere von transsibirischen und arktischen Divisionen besetzt ist.

Schule und Religionsunterricht

Der Verfassungsausschuß in Württemberg hat mit 14 gegen 8 Stimmen bei einer Enthaltung für den Religionsunterricht folgende Regelung angenommen: Der Religionsunterricht ist ordentliches Schulrecht. Bei der Gestaltung des Religionsunterrichts steht der Kirche das Recht der Mitwirkung zu.

Die Bestrafung der „Anstifter“

Paris, 6. März.
Eine Neuter-Meldung zufolge erwartet man, daß der Bericht der Kommission, die sich mit der Verantwortlichkeit für die im Jahre begangenen Verbrechen befaßt, heute Abend fertiggestellt wird. Wie verlautet, werde der Bericht diejenigen nicht entlasten, die verlangen, daß die hoch und niedrig gestellten Anstifter der im Jahre begangenen Verbrechen bestraft werden.
Was soll das heißen? Mit einer Neuter-Vorsichtigkeitsonderlichkeit wird das widerrufen, was neulich als Ergebnis der Untersuchungen gemeldet wurde, daß nämlich des Kaisers Berlin unantastbar sei. Man ist nach dem ganzen Pariser Gehabe nicht mehr enttäuscht, wenn der romantische Das neue Kapitel zur Bestrafung der „Anstifter“ eröffnet.

Eine Unterredung mit Ludendorff

Ein Vertreter der „Telegraphen-Union“ hatte am 26. Februar Gelegenheit zu einer Aussprache mit General Ludendorff, über die wir aus zugewiesener schon berichteten, die wir ihrer Wichtigkeit wegen aber im Wortlaut mitteilen wollen.

„Man fragt mich immer,“ sagte General Ludendorff, „nach den Vorgängen in den letzten Monaten. Ich muß weiter ausprechen. Als ich im August 1918 die Leitung der Kriegsführung übernahm, geschah dies einzig und allein mit der Aufgabe, nicht den Krieg zu liquidieren, wie jetzt viele meinen, sondern den Krieg zu gewinnen. Die Lage war damals nach dem Hingetritt Rumäniens eine ungemein ernste. Es gelang durch Entschlossenheit, durch die Tüchtigkeit unserer Truppen, die Krise zu überwinden. Es war aber von vornherein klar, daß eine weitere Fortführung des Krieges mit Aussicht auf siegreiche Beendigung nur dann möglich war, wenn das deutsche Volk alles hergab, was es an geistiger, persönlicher und materieller Kraft hatte. In diesem Sinne trat ich an die Reichsregierung heran. Das Ergebnis dieser meiner Bemühungen erfüllte nicht die Bedürfnisse der Kriegsführung. Ich werde in späterer Zeit auf die hiermit im Zusammenhang stehenden Fragen zurückkommen. Je länger der Krieg dauerte, desto größeren Wert legte ich auf die Stimmung im Volk. Mit der Stimmung in der Heimat Schaben, so mußte auch die Stimmung im Heere nachlassen. Bei der Auffassung des Ernstes unserer Lage und bei der unbegreiflichen Verantwortlichkeit, die auf meinen Schultern lag, habe ich den Frieden gewünscht, aber nicht jeden Frieden. Mir ist kein Fall bekannt, weder im Juni 1917 noch im März 1918 oder sonst irgend wann, wo ein Friedensschluß, auch nur ein Verhandlungsschritt bei dem Status quo, möglich gewesen wäre. Auch die Reichsleitung hat mir nie von irgend einer Friedensmöglichkeit gesprochen. Alles scheiterte an dem Vernichtungswillen des Gegners. Mit diesem Vernichtungswillen des Feindes mußte die Reichsregierung rechnen. Er war für mich maßgebend bei allen meinen Entscheidungen. In diesem von mir stets erkannten Vernichtungswillen des Feindes wird nach Span und Trier wohl keiner mehr zweifeln.“

Meinen Widerstand gegen diesen Vernichtungswillen gab ich erst auf, als ich sah, daß die Kriegsfähigkeit des deutschen Volkes einen entscheidenden Niedergang erlitten hatte. Die Ereignisse am 8. August hatten Erscheinungen zu Tage treten lassen, die das Sinken des inneren Wertes bei einigen Truppenteilen erhellten. Eine Besserung war bei den Zuständen und dem gebrochene Kriegswillen in der Heimat, der den vorhandenen und fürpörllich ständigen Ersatz für die front wertlos machte nicht zu erwarten. Bismarck war mit einem weiteren Niedergang mit Sicherheit zu rechnen. Bismarck hatte ich meine Entscheidung auf einer festen Grundlage aufgebaut; jetzt wurde der vordem unerschütterliche Boden schwanmend. Darum trat ich Mitte August an die Regierung mit der Erklärung heran, daß wir den Feind durch kriegerische Ereignisse nicht mehr friedenswillig machen können. Daraufhin herrschte Einigkeit darüber, daß der Krieg jetzt auf schnellstem Wege zu beenden sei. Mit der gleichen Kraft, wie ich bis dahin den Vernichtungswillen des Feindes brechen wollte, setzte ich mich nun zur Erlangung des Friedens ein.

Nach dem Zusammenbruch Bulgariens war keine Zeit mehr zu verlieren. Ich forderte deshalb die Regierung des Grafen Hertling am 29. September auf, ein Friedens- und Waffenstillstandsangebot zu machen. Die Auffassung, ich hätte in 24 Stunden einen Waffenstillstand geordert, weil schon die front zusammenbräche, ist irrig. Gegen ist die Angabe, ich hätte nach acht Tagen erklärt, nicht in der Einigung der Widerstandsfähigkeit der Armees nicht zu haben, unrichtig. Ich hätte sonst nie dem Umweg über Washington zugefunden. Ich bezog mich lediglich, daß mit den Verhandlungen überhaupt begonnen würde. Ich bin in der ganzen Angelegenheit festig meinen Weg gegangen, den mir das Wohl des Vaterlandes vorschrieb. Anders hat nie während meines ganzen Lebens, er redet nicht während dieses unglücklichen Krieges, mein Handeln befragt. Als es dann klar wurde, daß der Feind uns Bedingungen auferlegte, die uns ihm auf Gnade und Ungnade ausliefern sollten, erhobte ich allerdings, daß die Volkstimmung unter dem Druck dieser ungläubigen Zusicherungen nun doch noch einen Aufschwung nehmen würde, der die Widerstandskraft des Heeres stärken und den Feind zu einer Milderung seiner Bedingungen zwingen würde. Diese Auffassung wurde auch von amtlichen Stellen geteilt. Für diesen Gedanken bin ich dann mit meiner ganzen Person eingetreten. Ich bin mir bewußt, daß ich hier nur ein



